

Die Geburtsurkunde von Links-Gelb

Die 10 schlimmsten Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag

Am 24.11.2021 haben SPD, Grüne und FDP ihren Koalitionsvertrag vorgestellt. Es ist die Geburtsurkunde von Links-Gelb. Dieser Koalitionsvertrag beschreibt eine linke Agenda und kein bürgerliches Programm.

Hier die 10 schlimmsten Beispiele:

- Links-Gelb will Steuern erhöhen. Die Unternehmen kämpfen noch mit den Auswirkungen der Corona-Krise und die Bürger mit Preissteigerungen durch die Inflation – und die Ampel beschließt keine Entlastungen, sondern Steuererhöhungen. Die Abschaffung sogenannter Subventionen bedeutet Steuererhöhungen für Millionen Bürger und Betriebe. Ein Abbau der Kalten Progression oder die Komplett-Abschaffung des Soli sind nicht vorgesehen.
- Links-Gelb will neue Schulden machen. Der Koalitionsvertrag enthält kein Finanztableau, sieht aber zahlreiche Schlupflöcher für neue Schulden vor. Darunter die zeitliche Streckung der Tilgung von Corona-Schulden und die Möglichkeit, Schulden über Bundesunternehmen wie Bahn und BImA aufzunehmen.
- Links-Gelb will eine Schuldenunion in Europa. Zum Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) schreiben SPD,

Grüne und FDP: „Auf seiner Grundlage wollen wir Wachstum sicherstellen, die Schuldentragfähigkeit erhalten und für nachhaltige und klimafreundliche Investitionen sorgen. Die Weiterentwicklung der fiskalpolitischen Regeln sollte sich an diesen Zielen orientieren.“ Hier ist keine Rede mehr davon, dass der SWP Schulden reduzieren und Defizite begrenzen soll. Es geht um neue Ausnahmen und nicht um klare Regeln.

- Links-Gelb verabschiedet sich von der Agenda 2010. Deutschland ist – auch dank der Agenda 2010 – vom kranken Mann Europas zur Wachstumslokomotive geworden. Die Ampel will diesen Weg jetzt rückwärts gehen und gibt das Prinzip Fördern und Fordern auf.
- Links-Gelb holt neue Migranten ins Land. Der Koalitionsvertrag verliert kein Wort über die hybride Konfliktführung von Belarus. Stattdessen setzt die Ampel neue Anreize für Migration nach Europa und Deutschland. Darunter ein automatisches Aufenthaltsrecht nach drei Jahren für junge Migranten, die Abschaffung der Anker-Zentren und der Umbau von Frontex von einer Grenzsicherungs- zur Seenotrettungs-Agentur. Das sind neue Pull-Effekte, aber kein Beitrag zu Ordnung und Steuerung der Migration.
- Links-Gelb weigert sich, die Corona-Pandemie zu bekämpfen. Zur Pandemiekämpfung stehen im Koalitionsvertrag fünf Zeilen (!). Zu Corona gibt es neue Krisenstäbe, aber keine Konzepte. Das grenzt an Arbeitsverweigerung und ist der Lage im Land nicht angemessen.
- Links-Gelb greift die Bauern an. Die Ampel stellt alle Bauern unter den Generalverdacht der Umweltverschmutzung: „Wir werden die gesamte Landwirtschaft in ihrer

Vielfalt an den Zielen Umwelt- und Ressourcenschutz ausrichten (Ökologischer Landbau).“

- Links-Gelb stellt Polizisten unter Generalverdacht. Polizisten sollen künftig gekennzeichnet werden. Aus der Sicht der Ampel-Parteien ist die Identifizierung von gewalttätigen Polizisten offenbar das drängendere Problem als die Bestrafung von Kriminellen. Denn bei der geplanten Strafrechtsreform ist nur von Prävention die Rede, aber nicht von der konsequenten Bestrafung von Straftätern: „Das Sanktionensystem einschließlich Ersatzfreiheitsstrafen, Maßregelvollzug und Bewährungsauflagen überarbeiten wir mit dem Ziel von Prävention und Resozialisierung.“
- Links-Gelb will Schwangerschaftsabbrüche erleichtern. Schwangerschaftsabbrüche sind für die Ampel-Parteien „Teil der Gesundheitsversorgung“ und sollen erleichtert werden: „Wir aktualisieren das Konzept zur Fortentwicklung der Qualifizierung von Ärztinnen und Ärzten, um auch medikamentöse Schwangerschaftsabbrüche leichter verfügbar zu machen [...] Die Möglichkeit zu kostenfreien Schwangerschaftsabbrüchen gehören zu einer verlässlichen Gesundheitsversorgung.“ Hier werden das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf Leben gegeneinander ausgespielt.
- Links-Gelb will Cannabis legalisieren. Die Ampel-Parteien wollen den Verkauf von Cannabis legalisieren. Damit fördert die Ampel Suchtverhalten. Wer im gleichen Koalitionsvertrag Werbung für Kinder-Riegel verbietet und den Verkauf von Cannabis erlaubt, dem ist jeder gesundheitspolitische Kompass abhandengekommen.